

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **L**

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 1

Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden

IV. Finanzausgleich

Allgemeine Umlage der Landkreise

1962



Bestellnummer: L 1/IV/2 - j 62

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Inhalt

Seite

Vorbemerkung	3
Überblick	3
Tabellenteil	
Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung im Rechnungsjahr 1962	9
Anhang	
Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundesgebietes über die Erhebung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1962	21

Erschienen im Oktober 1963

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis DM 2,--

Ergebnisse der Länder in tieferer sachlicher Gliederung
werden in den "Statistischen Berichten" der Statistischen
Landesämter mit der Kennziffer L I 2 veröffentlicht.

Vorbemerkung

Im vorliegenden Bericht für 1962¹⁾ sind - in der gleichen Weise wie in den vorangegangenen Berichten - die in den einzelnen Ländern geltenden Berechnungsgrundlagen der allgemeinen Umlage der Landkreise und die entsprechenden Zahlenwerte (für den Umlagebedarf der Landkreise, die Umlagekraft der Gemeinden sowie für die Umlageanspannung) zusammengestellt.

Die verwendeten Begriffe sind die gleichen wie bisher, nämlich:

U m l a g e b e d a r f (U m l a g e s o l l)

Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist von den kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken) eine Umlage (Kreisumlage) zu erheben.

U m l a g e k r a f t (U m l a g e g r u n d l a g e)

Die Kreisumlage wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen, ferner in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und evtl. der Sonderzuweisungen und der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer.

Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraft.

U m l a g e a n s p a n n u n g (U m l a g e s a t z)

Das rechnerische Verhältnis zwischen dem Umlagebedarf der Landkreise und der Umlagekraft ihrer Gemeinden usw. ergibt die Umlageanspannung. Sie stellt den Prozentsatz der Umlagekraft dar, der zur Deckung des Umlagebedarfs herangezogen werden muß.

Wie in den Vorjahren soll der Bericht in erster Linie dem kreisweisen Vergleich innerhalb der einzelnen Länder dienen.

Überblick

Für die Berechnung der allgemeinen Umlage 1962 der Landkreise haben - außer einigen Änderungen in Niedersachsen und in Baden-Württemberg - die gleichen Bemessungsgrundlagen zugrunde gelegen wie im Vorjahr. In Niedersachsen wurden die Meßbeträge der Grundsteuer B zum Teil mit niedrigeren Hundertsätzen, ferner ohne die bisherige tiefere Staffelung der DM-Beträge, in Baden-Württemberg dagegen die Meßbeträge der Grundsteuer A und B mit leicht erhöhten Hundertsätzen bei der Berechnung der Umlagekraft der Gemeinden in Ansatz gebracht. Ferner wurden bei der Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl für 1962 in Baden-Württemberg erstmals auch die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost als Steuerkraftzahl einbezogen.

Gegenüber dem Vorjahr wesentlich erhöht haben sich in Baden-Württemberg die Sätze für die Umlageanspannung und die Beträge für den Umlagebedarf, da auf Grund des neuen Finanzausgleichsgesetzes, das mit Wirkung vom 1. Januar 1962 in Kraft ist, in

¹⁾ Vgl. Statistische Berichte über "Allgemeine Umlage der Landkreise" in den Rechnungsjahren 1953, 1955, 1957 bis 1959 (Arb.Nr. VII/44/2, 4, 7 bis 9) sowie Fachserie "Finanzen und Steuern", Reihe 1/IV für 1960 und 1961 (L 1/IV/1 - j 60 und L 1/IV/2 - j 61).

dem Hebesatz und dem Kreisumlagebedarf auch die neu eingeführte Schulumlage enthalten ist; sie ersetzt die bisherigen Schulstellenbeiträge und ist nach § 16 FAG 1962 von den Landkreisen (und den kreisfreien Städten) aufzubringen und beträgt 10,4 % der Steuerkraftsummen 1962.

Einen allgemeinen Überblick über die für 1962 in den einzelnen Ländern verwendeten Bemessungsgrundlagen der Kreisumlage, den festgestellten Umlagebedarf und die errechneten Umlagesätze vermitteln die nachfolgenden vier zusammenfassenden Übersichten zum Textteil:

In Übersicht 1 (S. 5) sind die - länderspezifischen - Bemessungsgrundlagen für die Berechnung der Umlagekraft der Gemeinden dargestellt.

Übersicht 2 (S. 6) enthält Angaben über den Umlagebedarf der Landkreise und die Umlagekraft der Gemeinden - jeweils in DM je Einwohner - sowie die aus diesen Angaben errechneten landesdurchschnittlichen Anspannungssätze der Kreisumlage für das Jahr 1953 (erstes Jahr der Zusammenstellung dieser Daten für das Bundesgebiet) und die Jahre 1959 bis 1962. Gegenüber 1953 haben sich sowohl Umlagebedarf als auch Umlagekraft zum Teil mehr als verdoppelt. Auch gegenüber dem Vorjahr (1961) ist in allen Ländern eine weitere Steigerung der DM je Einwohner-Werte für den Umlagebedarf und die Umlagekraft zu verzeichnen. Die starke Zunahme dieser Werte in Baden-Württemberg erklärt sich - wie eingangs erwähnt - aus der Verkopplung der Schulumlage mit der Kreisumlage. Auch im Saarland haben sich von 1961 auf 1962 die Werte für den Umlagebedarf und die Umlagekraft besonders erheblich erhöht. Als Grund hierfür kann u.a. die beträchtliche Zunahme der den Berechnungen zugrunde liegenden Gewerbesteuerbeiträge angesehen werden.

Übersicht 3 (S. 7) zeigt die unterschiedliche Höhe und Streuung der Anspannungssätze in den einzelnen Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern. Wesentlich geändert hat sich das Streuungsbild der Umlagesätze gegenüber dem Vorjahr nur für Baden-Württemberg (durch die Einbeziehung der Schulumlage).

In Übersicht 4 (S. 8) sind die Anspannungssätze der wichtigsten Umlagegrundlagen in den Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern dargestellt. Es handelt sich hier um die jeweils höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Hundertsätze der Anspannung der Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und der Schlüsselzuweisungen.

1. Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft 1962 nach Ländern¹⁾
in % der Grundlagen

Art der Grundlagen	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ²⁾
<u>Steuerkraftzahlen</u>								
Grundsteuer A - Meßbeträge	140	100	80	140	140	170	140	120
Grundsteuer B - Meßbeträge								
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge	140	120 ³⁾	120	130	140)	140	150
" weiteren 100 000 " " "	160)	160	175	175)	170	170
" " 400 000 " " "	200)	200	-	-)	-	-
" " 1 000 000 " " "	-)	-	220	210) 160	210	200
" " 2 000 000 " " "	-)	-	240	-)	220	-
" " 4 000 000 " " "	-)	220	-	-)	-	-
" " Meßbeträge	250)	240	260	230)	230	210
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -ausfallentschädigung - Ist	70	-	100	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital- Meß- (Grund-) beträge	210	200	200	245	240	290	240	220
Gewerbesteuer ausgleich - Einnahmen - Ist	+ 25	+ 50	+ 50	+ 100	+ 75	+ 100	+ 50	-
Ausgaben - Ist	- 50	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	-
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost - Ist	-	-	-	-	-	100	50	-
Spielbankabgabe - Ist	-	-	-	-	-	-	50	-
Steuerkraft, die 170 % der Bedarfsmeßzahl übersteigt	-	-	-	100	-	-	-	-
Schlüsselzuweisungen - Ist	-	-	-	-	-	100 ⁴⁾	-	-
<u>Sonstige Grundlagen</u>								
Schlüsselzuweisungen - Ist	65	100 ⁵⁾	100	75	75	100 ⁶⁾	80	90
Sonderzuweisungen - Ist	-	-	-	-	-	100 ⁷⁾	-	-
Vergnügungssteuer - Ist	-	-	-	100	100	-	-	-

1) Gesetzliche Bestimmungen siehe Anhang. - 2) Die Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen werden um den Anteil an der Finanzausgleichsumlage gekürzt. - 3) Die ersten 30 000 DM der Meßbeträge mit 120 %. - 4) Gem. § 10, 1 b FAG 1958. - 5) Ohne die Schlüsselzuweisungen an Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. - 6) Gem. § 10, 1 a FAG 1958. - 7) Gem. § 11 FAG 1958.

2. Angaben zur Umlageeinspannung

Land	Jahr	Umlagebedarf	Umlagekraft	Umlagebedarf in % der Umlagekraft
		DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	1953	14,62	42,43	34,5
	1959	23,38	68,15	34,3
	1960	26,51	76,97	34,4
	1961	30,83	89,42	34,5
	1962	35,28	104,97	33,6
Niedersachsen	1953	22,85	43,36	52,7
	1959	35,43	72,81	48,7
	1960	40,93	84,83	48,2
	1961	44,24	92,27	47,9
	1962	48,53	104,30	46,5
Nordrhein-Westfalen	1953	20,05	63,15	31,4
	1959	28,56	95,97	29,8
	1960	35,54	121,95	29,1
	1961	38,35	137,63	27,9
	1962	43,04	162,70	26,5
Hessen	1953	14,82	49,99	29,6
	1959	24,87	80,78	30,8
	1960	31,35	104,42	30,0
	1961	38,46	130,23	29,5
	1962	43,60	145,28	30,0
Rheinland-Pfalz	1953	13,41	35,82	37,4
	1959	23,43	69,19	33,9
	1960	23,56	66,78	35,3
	1961	25,26	73,69	34,3
	1962	27,84	82,82	33,6
Baden-Württemberg	1953	.	.	.
	1959	26,34	132,84	19,8
	1960	26,91	136,92	19,6
	1961	29,48	149,69	19,7
	1962	47,04	171,18	27,5
Bayern	1953	19,10	35,98	53,1
	1959	30,59	67,18	45,5
	1960	31,04	68,69	45,2
	1961	33,21	73,77	45,0
	1962	37,63	85,18	44,2
Saarland	1953	.	.	.
	1959	.	.	.
	1960	8,33	124,89	6,7
	1961	7,24	94,66	7,7
	1962	10,35	145,50	7,5

3. Streuungsbild der Gesamtanspannung 1962
Umlagebedarf in % der Umlagekraft

Land Regierungs- (Verwaltungs-) bezirk	Zahl der Kreise mit einer Umlageanspannung von									Durch- schnitt %
	0 bis 20,0	20,1 bis 25,0	25,1 bis 30,0	30,1 bis 35,0	35,1 bis 40,0	40,1 bis 45,0	45,1 bis 50,0	50,1 bis 55,0	55,1 und mehr	
	% ihrer Umlagekraft									
Land Schleswig-Holstein	-	-	2	6	9	-	-	-	-	33,6
Land Niedersachsen	-	-	-	1	7	13	24	13	2	46,5
Regierungsbezirk										
Hannover	-	-	-	-	-	4	3	2	-	48,0
Hildesheim	-	-	-	-	-	2	6	2	1	48,4
Lüneburg	-	-	-	-	-	1	3	5	-	48,3
Stade	-	-	-	-	-	3	3	-	1	46,9
Osnabrück	-	-	-	-	-	-	6	2	-	48,0
Aurich	-	-	-	-	-	1	2	1	-	47,7
Verwaltungsbezirk										
Braunschweig	-	-	-	-	2	2	1	1	-	45,0
Oldenburg	-	-	-	1	5	-	-	-	-	37,4
Land Nordrhein-Westfalen	2	17	27	9	2	-	-	-	-	26,5
Regierungsbezirk										
Düsseldorf	1	2	4	2	-	-	-	-	-	26,6
Köln	-	4	3	-	-	-	-	-	-	24,5
Aachen	-	-	5	2	-	-	-	-	-	29,2
Münster	1	5	4	-	-	-	-	-	-	23,9
Detmold	-	3	4	3	2	-	-	-	-	28,4
Arnsberg	-	3	7	2	-	-	-	-	-	27,0
Land Hessen	-	1	5	31	2	-	-	-	-	30,0
Regierungsbezirk										
Darmstadt	-	1	3	7	-	-	-	-	-	27,5
Kassel	-	-	-	14	1	-	-	-	-	32,9
Wiesbaden	-	-	2	10	1	-	-	-	-	31,8
Land Rheinland-Pfalz	-	3	8	9	12	6	1	-	-	33,6
Regierungsbezirk										
Koblenz	-	2	2	3	3	1	-	-	-	31,8
Trier	-	-	2	3	1	1	-	-	-	33,5
Montabaur	-	-	-	-	3	1	-	-	-	39,4
Rheinhausen	-	-	3	-	1	-	-	-	-	29,5
Pfalz	-	1	1	3	4	3	1	-	-	36,2
Land Baden-Württemberg	1	13	35	14	-	-	-	-	-	27,5
Regierungsbezirk										
Nordwürttemberg	-	1	14	4	-	-	-	-	-	26,3
Nordbaden	-	2	4	3	-	-	-	-	-	27,0
Südbaden	-	7	8	3	-	-	-	-	-	26,3
Wttbg.-Hohenzoll. ...	1	3	9	4	-	-	-	-	-	27,6
Land Bayern	-	-	3	4	30	33	42	17	14	44,2
Regierungsbezirk										
Oberbayern	-	-	1	-	8	7	8	2	-	42,3
Niederbayern	-	-	-	-	-	1	4	5	12	56,1
Oberpfalz	-	-	-	-	1	2	11	4	1	48,7
Oberfranken	-	-	-	1	8	4	4	-	-	41,4
Mittelfranken	-	-	-	-	3	5	6	3	-	45,2
Unterfranken	-	-	2	1	2	9	5	3	-	41,7
Schwaben	-	-	-	2	8	5	4	-	1	40,0
Land Saarland	7	-	-	-	-	-	-	-	-	7,5

4. Umlageanspannung der nach Regierungsbezirken zusammengefaßten Landkreise 1962

Umlagesatz in %

Land Regierungs- (Landkreis)- bezirk	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital			Schlüssel- zuweisungen		
	hoch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	hoch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	hoch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	hoch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾
	Umlagesatz											
<u>Land Rheinland-Pfalz</u>	33,0	25,0	33,9	38,0	27,0	34,6	38,0	27,0	34,8	38,0	20,0	33,5
<u>Landkreis Aachen</u>	57,0	33,0	47,6	57,0	33,0	47,5	60,0	33,0	48,5	56,0	20,0	42,1
<u>Regierungsbezirk</u>												
Hannover	57,0	43,0	49,8	57,0	43,0	49,4	57,0	43,0	49,4	53,0	35,0	43,1
Hildesheim	57,0	45,0	48,8	57,0	45,0	48,8	59,0	45,0	48,7	51,0	20,0	41,9
Lüneburg	55,0	46,0	51,3	55,0	46,0	51,3	55,0	46,0	51,3	53,0	35,0	43,1
Oldenburg	56,0	41,0	47,7	56,0	41,0	47,7	56,0	41,0	47,7	56,0	41,0	47,7
Osnabrück	55,0	39,0	50,4	55,0	39,0	50,4	60,0	48,0	52,4	50,0	39,0	43,8
Verden	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	50,3	50,0	39,0	44,0
<u>Regierungsbezirk</u>												
Braunschweig	53,0	33,0	41,5	53,0	33,0	41,5	56,0	33,0	47,8	53,0	20,0	34,0
Göttingen	53,0	35,0	37,3	53,0	35,0	37,3	53,0	35,0	37,3	53,0	35,0	37,3
<u>Land Nordrhein-Westfalen</u>	38,0	19,3	27,4	38,0	19,3	27,5	38,0	19,3	27,6	35,5	18,0	26,8
<u>Regierungsbezirk</u>												
Düsseldorf	33,0	19,3	26,9	33,0	19,3	27,7	33,0	19,3	27,7	33,0	19,3	27,7
Köln	30,0	21,0	25,4	30,0	21,0	25,4	30,0	21,0	25,4	29,0	21,0	24,1
Münster	34,0	24,0	29,4	34,0	24,0	29,4	34,0	27,0	30,6	34,0	24,0	28,7
Regen	28,0	20,0	24,3	28,0	20,0	24,3	28,0	20,0	24,3	28,0	18,0	23,7
Detmold	38,0	25,0	29,7	38,0	25,0	29,7	38,0	23,0	29,7	35,5	22,0	28,2
Arnsberg	34,0	21,0	28,0	34,0	21,0	28,0	34,0	21,0	28,0	34,0	21,0	28,0
<u>Land Hessen</u>	40,0	22,0	32,5	36,0	22,0	32,2	36,0	22,0	32,2	37,0	22,0	32,2
<u>Regierungsbezirk</u>												
Kassel	32,0	22,0	30,4	32,0	22,0	30,4	32,0	22,0	30,4	32,0	22,0	30,4
Kassel	35,0	32,0	33,0	35,0	32,0	32,9	35,0	32,0	33,2	35,0	32,0	32,9
Wiesbaden	40,0	28,0	33,1	36,0	28,0	32,8	35,0	28,0	32,7	37,0	28,0	32,8
<u>Land Rheinland-Pfalz</u>	50,0	23,5	35,4	50,0	23,5	35,4	50,0	21,4	35,1	50,0	22,5	33,5
<u>Regierungsbezirk</u>												
Köln	45,0	23,5	35,2	45,0	23,5	33,2	45,0	21,4	32,3	42,0	22,5	30,6
Trier	44,0	25,0	34,8	44,0	29,0	34,8	44,0	29,0	34,8	34,8	24,0	31,0
Montabaur	45,0	37,0	40,3	45,0	27,0	40,3	45,0	37,0	40,3	40,0	55,0	37,8
Rheinhausen	39,0	26,5	30,7	39,0	26,5	30,7	39,0	26,5	30,7	39,0	23,0	28,9
Pfalz	50,0	25,0	37,5	50,0	25,0	37,5	50,0	25,0	37,5	50,0	25,0	37,5
<u>Land Baden-Württemberg</u>	33,4	19,7	27,9	33,4	19,7	27,9	33,4	19,7	27,9	33,4	19,7	27,9
<u>Regierungsbezirk</u>												
Heilbronn	31,5	25,0	28,7	31,5	25,0	28,7	31,5	25,0	28,7	31,5	25,0	28,7
Heilbronn	32,0	23,0	28,2	32,0	23,0	28,2	32,0	23,0	28,2	32,0	23,0	28,2
Sigmaringen	33,4	23,0	26,8	33,4	23,0	26,8	33,4	23,0	26,8	33,4	23,0	26,8
Württemberg	33,4	19,7	28,2	33,4	19,7	28,2	33,4	19,7	28,2	33,4	19,7	28,2
<u>Land Bayern</u>	70,0	29,0	46,9	66,0	29,0	46,8	66,0	29,0	46,0	65,0	19,0	45,2
<u>Regierungsbezirk</u>												
Garmisch	70,0	29,0	44,6	52,0	29,0	43,8	52,0	29,0	43,3	52,0	19,0	42,1
München	65,0	45,0	57,3	65,0	45,0	57,3	65,0	45,0	57,3	65,0	40,0	55,8
Ortenau	68,0	38,0	50,1	68,0	38,0	50,1	68,0	38,0	49,6	55,0	38,0	48,0
Landkreis	56,0	34,0	42,3	56,0	34,0	42,3	49,8	34,0	41,6	50,0	34,0	41,5
Landkreis	52,0	35,9	46,4	52,0	35,9	46,4	52,0	35,9	46,3	52,0	35,9	46,3
Landkreis	55,0	29,0	41,7	55,0	29,0	44,7	52,0	29,0	43,2	52,0	29,0	42,7
Landkreis	60,0	31,7	42,2	60,0	31,7	42,2	55,0	31,7	41,1	55,5	31,7	40,9
<u>Land Niedersachsen</u>	8,5	5,0	7,5	8,5	5,0	7,5	8,5	5,0	7,5	8,5	5,0	7,5

1) Einfacher Durchschnitt.

Tabellenteil

Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung
im Rechnungsjahr 1962 ¹⁾

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- spannung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) ²⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen			Schlüssol- zuwei- sungen
						Grundsteuer		Gewerbe- steuer	
						A	B		
Land Schleswig-Holstein	58 570	35,28	174 272	104,97	33,6	33,9	34,6	34,8	33,5
Landkreis									
Eckernförde	2 203	34,09	5 955	92,14	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Eiderstedt	784	40,04	2 054	107,49	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Eutin	3 552	39,46	9 866	109,60	35,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Flensburg-Land	1 972	32,29	5 330	81,66	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Herzogtum Lauenburg	4 101	31,66	13 671	103,53	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Husum	2 244	35,31	6 064	95,42	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Norderdithmarschen	2 112	36,54	5 706	93,76	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Oldenburg (Holstein)	2 120	26,51	8 393	104,97	25,3	27,0	27,0	27,0	20,0
Pinneberg	8 045	36,46	25 042	116,22	31,4	25,0	33,0	33,0	25,0
Plön	5 276	29,73	9 361	84,95	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Rendsburg	5 074	31,32	15 057	99,43	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Schleswig	3 161	32,27	9 031	92,19	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Segeberg	2 845	29,39	8 614	89,05	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Steinburg	5 257	42,25	16 331	133,34	32,4	30,0	33,0	33,0	30,0
Stormarn	5 881	40,11	16 640	113,48	35,3	32,5	32,5	37,0	32,5
Süderdithmarschen	2 837	40,03	7 804	103,19	27,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Südtondern	3 016	49,00	7 938	128,94	33,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Land Niedersachsen	232 944	48,55	500 621	104,50	46,5	47,6	47,5	48,5	42,1
RB Hannover	42 773	50,60	89 086	105,39	48,0	49,8	49,4	49,4	43,1
Landkreis									
Grafschaft Diepholz	4 082	25,30	7 451	100,55	54,8	57,0	57,0	57,0	50,0
Grafschaft Hoya *)	4 265	33,24	9 964	83,93	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Grafschaft Schaumburg *)	3 057	40,24	7 026	93,50	43,5	51,0	47,0	47,0	35,0
Hammeln-Pyrmont	3 196	41,27	7 245	93,56	44,1	48,0	48,0	48,0	36,0
Hannover *)	11 869	63,92	24 050	129,35	49,4	52,0	52,0	52,0	39,0
Neustadt am Rübenberge	4 233	53,62	7 999	101,55	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Nienburg (Weser)	5 326	58,28	11 653	116,57	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Schaumburg-Lippe *)	3 632	45,95	7 728	97,72	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Springe *)	2 566	41,25	5 759	95,79	43,1	47,5	47,5	47,5	35,0
RB Hildesheim	39 650	51,55	81 904	106,48	48,4	48,8	46,8	46,7	41,9
Landkreis									
Alfeld *)	3 548	44,47	8 333	105,06	42,3	45,0	45,0	45,0	34,0
Duderstadt *)	1 669	42,39	3 883	99,77	43,5	45,0	45,0	45,0	41,0
Einbeck	2 372	55,30	4 935	115,05	48,1	50,0	50,0	50,0	40,0
Göttingen *)	2 996	45,41	5 874	89,04	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Hildesheim-Marienburg *)	5 504	50,25	11 454	104,54	48,1	47,0	47,0	49,0	47,0
Holzminden	4 766	58,53	9 532	117,05	50,0	48,0 ³⁾	48,0 ³⁾	48,0	48,0
Münden *)	2 249	51,03	4 758	107,92	47,3	48,5 ³⁾	48,5 ³⁾	48,5 ³⁾	45,0
Northheim	4 045	44,78	8 953	95,12	45,2	45,0 ³⁾	45,0	45,0 ³⁾	45,0
Osterode am Harz	4 076	43,89	8 029	104,17	46,2	50,0	50,0	50,0	40,0
Peine	6 259	65,73	11 162	116,47	50,4	57,0 ⁴⁾	57,0	59,0	50,0
Zellerfeld	2 106	59,19	4 141	116,35	50,8	50,0 ⁴⁾	50,0	45,0	20,0

*) Neben der Kreisumlage wird eine Einwohnereinkommensteuer gem. § 45 EStG bzw. § 37 EStG erhoben.

1) DM je Einwohner - Beträge umgerechnet mit der Einwohnerzahl am 30.6.1962. - 2) Für Regierungs- (Verwaltungs-) Bezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 3) Vom Forstbezirk Solling, Anteil Holzminden 170 %, Anteil Northheim 61 %. - 4) Vom Forstbezirk Harz, Anteil Zellerfeld 190 %.

Land Regierungs- (Verwaltungs-) bezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- spannung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der			Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen			
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
RB Lüneburg	38 666	49,70	80 093	102,94	48,3	51,3	51,3	51,3	43,1
Landkreis									
Burgdorf	6 590	56,28	13 149	112,31	50,1	55,0	55,0	55,0	40,0
Celle	6 422	67,70	13 400	141,28	47,9	50,0	50,0	50,0	39,0
Fallingb.ostel *)	2 912	47,67	6 195	101,40	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Gifhorn	6 259	51,99	14 512	120,53	43,1	46,0	46,0	46,0	35,0
Harburg *)	5 109	42,72	10 018	83,77	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Lüchow-Dannenberg *)	1 775	33,87	3 371	64,35	52,6	55,0	55,0	55,0	45,0
Lüneburg	2 532	43,79	5 032	87,01	50,3	55,0	55,0	55,0	40,0
Saltau	3 142	52,48	5 923	99,02	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Uelzen *)	3 926	41,34	8 488	89,38	46,3	50,0	50,0	50,0	38,0
RB Stade	23 535	43,56	50 229	92,96	46,9	47,7	47,7	47,7	47,7
Landkreis									
Bremervörde *)	2 825	40,49	5 650	80,98	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Land Hadeln	3 038	49,63	5 424	83,63	56,0	56,0	56,0	56,0	56,0
Osterholz *)	3 053	43,10	6 106	86,20	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Rotenburg (Hannover) *)	2 315	43,67	4 630	87,32	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Stade *)	6 417	49,69	14 261	110,43	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Verden *)	3 453	41,22	8 221	98,15	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Wesermünde *)	2 434	33,53	5 937	61,79	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
RB Osnabrück	29 585	51,14	61 575	106,44	48,0	50,4	50,4	52,4	43,8
Landkreis									
Aschendorf-Hümmling	2 976	44,25	5 832	87,45	50,6	55,0	55,0	50,0	50,0
Bersenbrück	3 551	44,30	7 197	89,79	49,3	50,0	50,0	50,0	48,0
Grafschaft Bentheim ¹⁾	5 833	57,43	12 848	126,51	45,4	48,0	48,0	48,0	48,0
Lingen	3 781	52,30	7 730	107,01	48,9	54,0	54,0	54,0	40,0
Melle *)	1 981	50,52	3 968	101,20	49,9	50,0	50,0	53,0	40,0
Meppen	3 510	51,84	7 272	107,38	48,3	52,0	52,0	52,0	40,0
Osnabrück	6 550	53,16	14 058	114,11	46,6	39,0	39,0	52,0	39,0
Wittlage	1 404	51,83	2 615	96,54	53,7	55,0	55,0	60,0	45,0
RB Aurich	15 256	46,47	31 983	97,43	47,7	49,8	49,8	50,3	44,0
Landkreis									
Aurich (Ostfriesland)	3 084	41,77	6 853	92,81	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Leer ²⁾	5 381	43,07	11 767	94,18	45,7	50,2	50,2	52,0	39,0
Norden	4 723	61,36	9 198	119,50	51,3	54,0	54,0	54,0	42,0
Wittmund ³⁾	2 063	39,36	4 165	79,30	49,6	50,0	50,0	50,0	50,0
VB Braunschweig	23 395	50,58	52 012	112,45	45,0	41,5	41,5	47,8	34,0
Landkreis									
Blankenburg *) ⁴⁾	638	44,55	1 614	112,66	39,5	33,0	33,0	33,0	33,0
Braunschweig *) ⁵⁾	2 451	32,20	6 476	85,09	37,8	39,0	39,0	52,0	23,0

1) Stadt Nordhorn, Umlagesatz 45,12 %. - 2) Stadt Borkum Umlagesatz Grundsteuer A und B 35,66 %, Gewerbesteuer 37,98 %, Schlüsselzuweisungen 28,49 %. - 3) Inselgemeinden Langeoog und Spiekeroog Umlagesatz 45 %. - 4) Vom Forstbezirk Harz, Anteil Blankenburg Grundsteuer A 182 %, Grundsteuer B 150 %, Gewerbesteuer 83 %. - 5) Amtsbezirk Tedinghausen Umlagesatz 40 %, gemeindefreie Grundstücke Grundsteuer A 100 % und Gewerbesteuer 110 %.

Land Regierungs- (Verwaltungs-) bezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- spannung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen		Schlüssel- zuwei- sungen	
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
Gandersheim ¹⁾	4 007	52,54	7 331	96,11	54,7	53,0	53,0	53,0	53,0
Goslar *)	1 681	40,41	3 813	91,63	44,1	47,0	47,0	47,0	40,0
Helmstedt ¹⁾	7 981	66,89	16 859	141,30	47,3	42,0	42,0	56,0	20,0
Wolfenbüttel *) ¹⁾	6 636	49,19	15 919	118,01	41,7	35,0	35,0	46,0	35,0
<u>VB Oldenburg</u>	20 035	40,37	53 740	103,01	37,4	37,3	37,3	37,3	37,3
Landkreis									
Ammerland	2 964	41,93	7 799	110,35	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Cloppenburg	3 363	36,44	9 089	98,48	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Friesland	5 698	43,48	9 733	114,43	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Oldenburg (Oldenburg)	2 750	36,60	7 237	96,31	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Vechta	2 867	37,29	8 192	106,56	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Wesermarsch	4 442	45,55	11 690	119,88	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
<u>Land Nordrhein-Westfalen</u>	343 906	43,04	1 500 129	162,70	26,5	27,4	27,5	27,6	26,8
<u>RB Düsseldorf</u>	70 000	42,86	263 424	161,29	26,6	26,9	27,7	27,7	27,7
Landkreis									
Dinslaken	6 423	52,75	19 764	162,30	32,5	32,5	32,5	32,5	32,5
Düsseldorf-Mettmann	13 036	40,01	52 344	160,03	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Geldern	3 802	46,56	12 674	155,19	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Grevenbroich	8 365	48,44	29 550	161,47	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Kempen-Krefeld	8 808	41,89	31 604	150,30	27,9	21,0	28,0	28,0	28,0
Kleve	5 864	53,45	17 769	177,11	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Moers	12 966	40,27	54 024	167,78	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Rees	4 595	46,52	16 711	169,18	27,5	27,5	27,5	27,5	27,5
Rhein-Wupper-Kreis	5 591	29,69	28 984	153,92	19,3	19,3	19,3	19,3	19,3
<u>RB Köln</u>	46 667	38,62	190 750	157,87	24,5	25,4	25,4	25,4	24,1
Landkreis									
Bergheim (Erft)	4 680	43,83	17 395	162,93	26,9	30,0	30,0	30,0	21,0
Bonn	7 171	35,61	29 879	148,37	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Euskirchen	3 811	36,47	15 244	145,88	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Köln	10 376	50,87	39 154	191,96	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Oberbergischer Kreis	5 617	42,26	19 369	145,72	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	6 793	31,28	32 350	148,96	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Siegkreis	8 219	34,03	37 360	154,67	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
<u>RB Aachen</u>	40 212	51,64	137 670	176,80	29,2	29,4	29,4	30,6	28,7
Landkreis									
Aachen	13 627	51,95	45 422	173,17	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Düren	7 762	52,07	27 328	183,31	28,4	24,0	24,0	32,0	24,0
Erkelenz	4 639	53,51	14 653	167,22	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Jülich	3 426	48,86	11 772	167,83	29,1	30,0	30,0	30,0	25,0
Monschau	1 571	56,00	4 621	164,72	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Schleiden	2 615	42,44	9 717	157,70	26,9	29,0	29,0	29,0	26,0
Seifkantkreis	6 523	54,41	24 138	201,54	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0

1) Von den gemeindefreien Grundstücken in den Landkreisen Gandersheim Grundsteuer A 173 %, Gewerbesteuer 128 %; Helmstedt Grundsteuer A und B 165 %, Gewerbesteuer 110 %; Wolfenbüttel Grundsteuer A und B 160 %, Gewerbesteuer 110 %.

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- spannung)	Umlageunspannung (Umlagesatz) in % der			Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen			
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
RB Münster	54 992	40,89	230 527	171,41	23,9	24,3	24,3	24,3	23,7
Landkreis									
Ahaus	4 631	43,63	17 813	157,93	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Beckum	5 636	32,94	25 619	163,33	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Borken	3 379	33,67	14 081	165,29	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Coesfeld	2 961	34,60	13 461	157,27	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Lüdinghausen	4 069	31,02	20 347	155,09	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Münster	4 079	40,33	15 106	149,39	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Recklinghausen	15 006	46,73	62 526	194,72	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Steinfurt	5 703	33,60	26 439	155,57	21,6	24,0	24,0	24,0	18,0
Tecklenburg	5 370	42,34	19 180	151,20	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Warendorf	4 156	67,69	15 934	261,11	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
RB Detmold	61 061	43,78	215 071	154,20	28,4	29,7	29,7	29,7	28,3
Landkreis									
Bielefeld	7 385	55,45	20 305	152,44	36,4	36,0	36,0	36,0	33,0
Büren	2 635	45,32	8 609	148,10	30,6	36,0	36,0	36,0	28,0
Detmold 1)	7 299	52,19	21 923	156,78	33,3	33,5	33,5	33,5	33,5
Halle (Westf.)	2 588	42,81	10 361	171,39	25,0	26,0	26,0	26,0	22,0
Herford	6 707	40,33	24 841	149,39	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Höxter	3 657	53,89	14 064	149,59	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Lemgo	6 412	46,57	21 372	155,25	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Lübbecke	3 760	43,92	12 131	141,68	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
Minden	7 785	40,74	29 942	156,70	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Paderborn	4 893	38,24	20 306	159,35	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Warburg	2 216	50,69	6 242	142,79	35,5	35,5	35,5	35,5	35,5
Wiedenbrück	5 725	36,50	24 892	158,70	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
RB Arnsberg	70 972	43,52	262 687	161,06	27,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Landkreis									
Altena	8 333	49,93	28 248	169,25	29,5	29,5	29,5	29,5	29,5
Arnsberg	4 866	37,10	21 158	161,29	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Brilon	3 058	41,47	10 729	145,50	28,5	28,5	28,5	28,5	28,5
Ennepe-Ruhr-Kreis	10 585	40,75	42 340	163,00	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Iserlohn	6 742	36,24	32 104	172,56	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Lippstadt	4 761	49,23	15 869	164,10	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Meschede	3 161	41,07	11 289	146,66	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Olpe	4 010	41,17	14 322	147,03	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Siegen	7 331	43,16	28 194	165,99	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Soest	5 700	54,34	17 273	164,66	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Unna	10 283	45,81	34 859	155,27	29,5	29,5	29,5	29,5	29,5
Wittgenstein	2 142	49,85	6 300	146,61	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0

1) Stadt Lage Umlagesatz 31 %.

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlageeinz.)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- span- nung)	Umlageanpassung (Umlagesatz) in % der					
						Steuerkraftzahlen		Steuer- kraft- zahlen, die 170% der Be- darfs- maßzahl über- steigen ¹⁾	son- stigen Steuern ²⁾	Schlus- sel- zuwei- sungen	
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B				
Land Hessen	142 891	43,60	476 176	145,25	30,0	32,3	32,2	32,2	32,2	31,8	32,2
RB Darmstadt	63 261	50,14	229 705	182,08	27,5	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4
Landkreis											
Alsfeld	1 753	31,79	5 478	99,33	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Bergstraße	7 458	39,17	23 275	122,25	32,0	32,0 ³⁾	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Büdingen	2 710	32,43	9 034	108,23	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Darmstadt	3 876	33,61	12 111	120,77	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Dieburg	3 614	35,94	11 293	112,32	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Erbach	2 634	40,41	8 387	126,29	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Friedberg	5 700	36,46	20 368	150,22	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Gießen	3 639	35,60	12 297	113,65	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Groß-Gerau	19 832	116,32	50 144	523,73	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Lauterbach	1 445	32,43	4 515	101,35	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Offenbach	10 501	55,15	32 814	172,36	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
RB Kassel	37 234	30,43	113 299	116,79	32,9	33,0	32,9	33,2	33,2	32,1	32,9
Landkreis											
Eschwege	3 174	47,83	9 063	136,66	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Frankenberg	1 660	34,50	5 032	104,55	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Fritzlar-Homburg	4 739	59,74	14 810	186,67	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Fulda	3 177	32,64	9 928	102,00	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hersfeld	3 760	52,74	11 751	164,82	32,0	32,0	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Hofgeismar	2 140	36,90	5 820	100,36	36,8	35,0 ³⁾	35,0 ³⁾	35,0	35,0	35,0	35,0
Hünfeld	1 116	31,65	3 486	98,92	32,0	32,0	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Kassel	3 137	39,76	9 784	123,98	32,1	32,0 ³⁾	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Warburg	3 179	31,27	9 934	96,03	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Melsungen	1 470	32,39	4 337	95,54	33,9	33,0	32,0	36,0	36,0	20,0	32,0
Rotenburg a.d. Fulda	1 696	29,87	5 140	90,53	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Waldeck	3 345	38,19	10 453	119,33	32,0	32,0	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Witzenhausen	1 941	36,75	5 659	107,18	34,3	34,0 ³⁾	34,0 ³⁾	34,0	34,0	34,0	34,0
Wolfhagen	1 087	28,75	3 293	87,11	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Ziegenhain	1 662	30,83	4 803	89,26	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6
RB Wiesbaden	42 347	40,49	133 172	127,32	31,8	33,1	32,8	32,7	32,6	32,6	32,8
Landkreis											
Biedenkopf	2 125	36,58	6 438	110,86	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Dillkreis	3 732	39,77	11 662	124,28	32,0	32,0	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Gelnhausen	3 084	37,17	9 576	115,42	32,2	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hanau	4 391	45,20	13 722	141,26	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Limburg	3 262	38,64	9 593	113,65	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Main-Taunus-Kreis	5 744	42,88	17 950	151,00	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Oberlankreis	1 311	31,99	5 326	94,10	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Ober-Taunuskreis	5 010	46,56	17 895	167,71	23,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Rheingaukreis	2 851	48,30	8 908	151,13	32,0	32,0	32,0 ³⁾	32,0	32,0	32,0	32,0
Schlüchtern	1 478	35,27	4 144	100,03	39,7	35,0 ³⁾	35,0 ³⁾	35,0	35,0	35,0	35,0
Unter-Taunuskreis	2 076	30,24	6 959	128,53	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Ussing	940	33,57	2 732	88,75	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Wetzlar	5 836	39,37	13 238	124,60	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0

1) In Hessen. - 2) In Hessen Vergnügungssteuer. - 3) Bei Grundsteuer A und B der gemeindefreien Grundstücke besonders Umlagesätze: Landkreis Bergstraße und Landkreis Hofgeismar je 85 %, Landkreis Kassel 64,04 %, Landkreis Witzenhausen 79 %, Landkreis Gelnhausen 80 %, Landkreis Schlüchtern 83,57 %.

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- an- spannung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der				
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuorkraftzahlen		son- stigen Steuern ¹⁾	Schlüs- sel- zuwei- sungen	
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B			
Land Rheinland-Pfalz	72 201	27,84	214 763	82,82	33,6	35,4	35,4	35,1	35,2	33,5
RB Koblenz	27 984	30,23	88 117	95,19	31,8	33,2	33,2	32,3	32,5	30,6
Landkreis										
Ahrweiler	2 399	28,11	8 826	103,40	27,2	27,5	27,5	27,5	27,5	22,5
Altenkirchen (Westerwald)	3 568	31,55	9 919	87,70	36,0	36,5	36,5	36,5	36,5	28,0
Birkenfeld	3 201	34,97	9 699	105,96	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,9
Cochem	900	19,76	2 749	60,36	32,7	32,7	32,7	32,7	32,7	32,7
Koblenz	1 578	20,28	6 517	83,77	24,2	24,2	24,2	24,2	24,2	24,2
Kreuznach	4 152	32,56	13 393	105,03	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
Mayen	2 625	21,58	11 774	96,80	22,3	23,5	23,5	21,4	23,5	28,9
Neuwied	6 116	44,93	15 854	116,48	33,6	39,0	39,0	39,0	39,0	29,3
St. Goar	1 391	27,61	3 758	74,62	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Simmern	1 140	28,00	2 564	62,96	44,5	45,0	45,0	45,0	45,0	42,0
Zell (Mosel)	915	25,42	3 065	85,15	29,9	36,0	36,0	28,0	28,0	28,0
RB Trier	8 191	21,81	24 486	65,19	33,5	34,8	34,8	34,8	34,8	31,0
Landkreis										
Bernkastel	1 087	19,62	3 397	61,31	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Bitburg	1 145	20,70	4 122	74,51	27,8	29,0	29,0	29,0	29,0	24,0
Daun	1 136	28,69	2 851	71,99	39,9	42,0	42,0	42,0	42,0	31,0
Prüm	766	20,03	2 201	57,56	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8
Saarlouis	1 370	30,42	3 312	73,52	41,4	44,0	44,0	44,0	44,0	33,0
Trier	1 697	18,99	5 305	59,36	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Wittlich	990	18,81	3 299	62,69	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
RB Montabaur	7 817	30,24	19 820	76,68	39,4	40,3	40,3	40,3	40,3	37,8
Landkreis										
Oberwesterwaldkreis	1 910	28,56	4 412	65,96	43,3	45,0	45,0	45,0	45,0	35,0
Loreleykreis	1 676	29,62	4 297	75,94	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Unterlahnkreis	1 599	27,24	3 997	68,09	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Unterwesterwaldkreis	2 633	34,49	7 115	93,21	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
RB Rheinhessen	6 988	27,43	23 663	92,88	29,5	30,7	30,7	30,7	30,7	28,9
Landkreis										
Alzey	1 714	27,63	4 394	70,86	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Bingen	2 306	31,44	8 701	118,65	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Mainz	1 895	26,60	6 960	97,68	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2
Worms	1 073	22,28	3 609	74,90	29,7	30,0	30,0	30,0	30,0	23,0
RB Pfalz	21 222	27,26	58 676	75,37	36,2	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5
Landkreis										
Bergzabern	1 475	31,00	3 986	83,80	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Frankenthal (Pfalz)	2 059	36,04	4 679	81,92	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Germersheim	2 194	27,68	5 434	69,21	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kaiserslautern	2 302	23,00	6 573	65,72	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Kirchheimbolanden	1 441	40,98	2 831	81,95	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Kusel	2 084	23,06	5 484	73,53	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Landau in der Pfalz	1 103	18,36	4 431	73,44	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Ludwigshafen am Rhein	879	20,10	2 663	60,91	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Neustadt a.d. Weinstraße	2 779	28,58	9 264	95,23	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Pirmasens	2 126	27,26	6 443	82,61	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Rockenhausen	1 204	29,49	2 867	70,22	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Speyer	763	21,60	2 119	60,00	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Zweibrücken	808	27,24	1 796	60,53	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0

1) Vergnügungsteuer.

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- anspan- nung	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der				
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen		Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10 1b FAG	Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10 1a FAG	
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B			
Land Baden-Württemberg	289 025	47,04	1 051 715	171,18	27,5	27,9	27,9	27,9	27,9	27,9
RB Nordwürttemberg	119 210	52,25	421 070	184,54	28,3	28,7	28,7	28,7	28,7	28,7
Landkreis										
Aalen	6 946	48,07	23 953	165,74	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Backnang	4 138	44,90	14 076	152,73	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Boblingen	12 115	79,33	39 651	260,95	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4
Crailsheim	2 725	42,46	9 596	149,50	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Eßlingen	13 082	65,46	46 064	223,47	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Göppingen	10 251	49,75	41 004	159,00	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Heidenheim	6 627	57,21	21 799	188,20	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4
Heilbronn	7 341	44,32	25 848	156,06	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Künzelsau	1 615	51,26	5 685	180,50	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Leonberg	5 334	51,40	18 143	174,83	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Ludwigsburg	12 590	49,98	48 421	192,21	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Mergentheim	1 787	43,92	6 294	154,65	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Nürtingen	7 479	54,94	25 437	106,88	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Öhringen	2 038	45,81	6 932	155,81	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Schwäbisch Gmünd	5 093	50,07	17 623	173,25	28,9	28,9	28,9	28,9	28,9	28,9
Schwäbisch Hall	2 563	42,81	9 709	162,16	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4	26,4
Ulm	3 760	44,28	11 938	140,56	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5
Vaihingen	3 879	49,78	12 759	163,75	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4
Waiblingen	9 847	48,86	35 936	178,33	27,4	27,4	27,4	27,4	27,4	27,4
RB Nordbaden	38 976	40,83	144 189	151,05	27,0	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2
Landkreis										
Bruchsal	4 834	39,81	19 335	159,24	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Buchen	2 525	40,19	8 015	127,59	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5
Heidelberg	6 784	44,97	24 402	161,75	27,8	27,8	27,8	27,8	27,8	27,8
Karlsruhe	6 014	35,25	26 146	153,25	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Mannheim	6 452	39,67	25 403	156,18	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4
Mosbach	2 917	43,77	9 114	136,78	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Pforzheim	2 629	40,71	9 066	140,37	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Sinsheim	3 151	40,80	10 867	140,68	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Tauberbischofsheim	3 671	47,22	11 842	152,33	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
RB Südbaden	64 465	43,70	245 500	166,44	26,3	26,8	26,8	26,8	26,8	26,8
Landkreis										
Bühl	4 046	49,34	12 115	147,73	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4
Donaueschingen	2 959	43,34	11 330	166,69	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Emmendingen	3 713	55,66	14 620	140,41	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4
Freiburg	3 058	38,56	10 401	131,17	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Hochschwarzwald	2 226	51,38	6 957	160,57	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Kehl	1 991	37,00	7 833	145,69	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4
Konstanz	7 504	46,00	31 265	191,63	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Lahr	3 727	46,00	12 061	148,87	30,9	30,9	30,9	30,9	30,9	30,9
Lörrach	6 042	43,48	24 170	173,90	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Müllheim	2 296	41,22	8 199	147,23	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Offenburg	4 023	40,19	16 763	167,40	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Rastatt	6 284	51,06	24 168	196,40	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesatz)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Quanti- tät- an- span- nung)	Umlageanpannung (Umlagesatz) in % der				
						Steuerkraftzahlen			Schlus- satz- weisun- gen gem. § 10 1b FAG	Schlus- satz- weisun- gen gem. § 10 1a FAG
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Grundsteuer A B		Gewerbe- steuer		
Säckingen	3 228	48,08	14 033	209,04	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Stockach	1 703	35,24	6 703	130,74	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4
Überlingen	2 185	35,75	8 733	142,99	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Villingen	3 981	46,31	15 924	185,23	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Waldshut	3 402	51,42	11 771	177,94	28,9	28,9	28,9	28,9	28,9	28,9
Wolfach	2 100	39,15	8 399	156,61	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
<u>RB Südwürttemberg-Hohen-</u> <u>zollern</u>	66 374	46,35	246 956	168,19	27,6	23,2	28,2	28,2	28,2	28,2
<u>Landkreis</u>										
Balingen	6 327	63,01	18 544	183,63	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4
Biberach	5 300	51,93	10 276	179,06	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Calw	4 361	35,55	17 959	146,43	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Ehingen	2 297	52,11	7 655	173,71	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Freudenstadt	2 391	39,99	10 220	170,80	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4	25,4
Hechingen	2 411	46,53	0 201	153,26	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Horb	1 804	41,93	5 321	135,27	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
Münsingen	1 557	39,33	5 191	124,05	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Ravensburg	5 135	48,22	16 002	169,73	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4	28,4
Reutlingen	8 622	52,03	32 053	196,57	26,9	26,9	26,9	26,9	26,9	26,9
Rottweil	5 017	39,37	21 442	170,59	23,4	23,4	23,4	23,4	23,4	23,4
Saulgau	3 265	48,90	9 293	148,19	31,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Sigmaringen	2 344	47,37	7 315	157,89	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Tettnang	4 239	55,25	14 170	184,79	29,9	29,9	29,9	29,9	29,9	29,9
Tübingen	3 997	31,14	20 291	158,06	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7	19,7
Tuttlingen	3 644	45,58	13 495	168,31	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Wangen	3 661	50,52	11 440	157,86	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesatz)		Umlagekraft (Umlagegrundlage, 1)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- anspan- nung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der			
						Steuerkraftzahlen			Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Grundsteuer A	B	Gewerbe- steuer	
<u>Land Bayern</u>	235 660	37,63	533 473	65,18	44,2	46,9	46,8	46,0	45,2
<u>PB Oberbayern</u>	62 307	40,43	147 259	95,54	42,3	44,6	43,3	43,3	42,1
<u>Landkreis</u>									
Altötting	1 221	39,60	3 011	77,00	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Altötting	4 644	57,40	12 321	156,32	35,0	35,0	35,0	35,0	33,0
Bad Aibling	1 632	42,66	3 932	92,75	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Bad Tölz	1 712	43,50	4 279	116,24	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Berchtesgaden	1 547	41,35	3 154	85,88	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Dachau	2 835	43,65	7 461	195,93	33,0	35,0	33,0	33,0	33,0
Ebersberg	2 002	34,95	4 443	77,76	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Erding	2 271	33,65	5 168	70,43	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Freising	2 260	45,95	4 345	83,33	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Fürstenfeldbruck	2 732	30,52	6 917	73,21	33,5	33,5	33,5	33,5	33,5
Garmisch-Partenkirchen	2 188	37,24	7 619	125,64	29,7	29,0	29,0	29,0	19,0
Ingolstadt	1 638	41,08	3 377	82,17	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Landsberg a. Lech	1 265	35,70	3 327	77,10	41,5	42,0	42,0	40,0	40,0
Lauren	1 762	33,13	3 959	75,62	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Miesbach	3 054	44,00	7 165	103,24	42,6	43,0	42,0	43,0	47,0
Mühldorf	2 873	40,33	5 524	95,64	40,5	50,0	50,0	40,0	45,0
Munichen	5 288	14,63	13 057	110,52	40,5	40,5	40,5	40,5	40,5
Pfaffenlofen a.d. Ilm	2 530	45,97	4 558	90,15	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Rosenheim	2 703	33,97	6 900	82,63	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Schongau	1 705	45,50	4 403	113,99	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Schrobenhausen	1 062	36,36	2 259	77,73	46,2	46,8	46,8	46,8	46,8
Starnberg	2 943	40,60	7 177	97,55	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Traunstein	3 765	44,00	8 303	15,67	45,5	70,0	50,0	45,0	50,0
Wasserburg a. Inn	1 661	37,87	3 722	75,15	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Weilheim	2 419	35,93	6 199	92,81	39,0	40,0	40,0	40,0	33,0
Wolfraatshausen	2 042	43,61	4 035	87,82	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
<u>Rb. Niederbayern</u>	34 015	40,87	60 624	72,84	56,1	57,3	57,3	57,3	55,3
<u>Landkreis</u>									
Bogen	1 230	34,65	1 952	55,00	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Deggendorf	1 351	31,47	3 021	57,02	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Dingolfing	1 560	45,68	2 600	76,14	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Eggenfelden	1 722	36,08	3 311	69,33	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Grafenau	1 579	56,82	2 631	94,70	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Griesbach i. Rottal	1 844	45,31	3 352	82,32	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Kelheim	2 422	47,01	5 152	100,02	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Kitzling	873	27,31	1 755	54,92	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Landau a.d. Isar	1 323	43,44	2 150	73,64	61,5	61,5	61,5	61,5	61,5
Landshut	1 825	46,58	2 396	73,91	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Mainburg	1 163	56,13	1 235	90,53	62,0	62,0	62,0	62,0	62,0
Neukirchen	1 435	47,14	2 244	71,50	63,5	63,5	63,5	63,5	63,5
Pilsen	1 570	30,44	4 175	77,54	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Pfarrkirchen	2 505	51,05	4 350	67,62	56,7	62,0	62,0	62,0	40,0
Rosen	1 496	34,55	2 593	69,35	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Rottenburg a.d. Laaber	1 16	41,00	1 785	60,42	52,9	62,0	62,0	62,0	50,0
Straubing	1 200	42,11	1 530	61,75	55,0	55,0	55,0	55,0	65,0
Viechtach	973	33,55	1 555	67,10	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0

1) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn und einschl. Spielbankabgabe.

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- anspan- nung)	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen		Schlüssel- zuwei- sungen	
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
Vilsbiburg	1 407	38,38	2 655	72,42	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Vilshofen	2 251	42,07	3 464	64,73	65,0	65,0	65,0	65,0	65,0
Wegscheid	1 250	52,79	1 922	81,22	65,0	65,0	65,0	65,0	65,0
Wolfstein	1 429	35,40	2 747	68,07	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
RB Oberpfalz	23 942	36,43	49 203	74,96	48,7	50,1	50,1	49,6	48,0
Landkreis									
Amberg	1 819	38,83	3 711	79,35	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Beilngries	520	51,70	1 339	63,57	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Burglengenfeld	2 306	50,52	5 726	121,47	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Cham	1 295	33,82	2 591	67,65	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Eschenbach i.d. OPf.	1 017	29,55	2 261	65,67	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Kemnath	708	33,03	1 494	69,53	47,4	56,0	56,0	46,0	42,0
Nabburg	1 390	47,61	2 315	79,23	60,1	66,0	66,0	66,0	40,0
Neumarkt i.d. OPf.	1 103	23,99	2 251	61,19	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Neunburg vorm Wald	578	34,75	1 111	66,82	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Neustadt a.d. Waldnaab	2 203	41,24	4 346	81,35	50,7	50,7	50,7	50,7	50,7
Oberviechtach	444	29,57	807	35,76	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Parsberg	1 129	31,00	2 257	62,00	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Regensburg	2 485	23,83	5 522	64,07	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Riedenburg	535	31,40	1 036	61,56	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Roding	965	31,68	2 010	66,00	43,0	43,0	48,0	48,0	48,0
Sulzbach-Rosenberg	1 165	35,53	3 065	93,51	38,0	33,0	38,0	38,0	38,0
Tirschenreuth	2 145	37,45	4 377	76,43	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Vohenstrauß	1 120	45,74	2 240	91,48	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Waldmünchen	512	31,79	1 025	63,58	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
RB Oberfranken	27 208	35,65	65 792	86,21	41,4	42,3	42,3	41,6	41,5
Landkreis									
Bamberg	2 957	35,05	6 031	71,50	49,0	50,0	50,0	48,0	50,0
Bayreuth	1 556	32,61	3 706	78,12	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Coburg	2 450	35,85	6 446	94,35	38,0	33,0	38,0	38,0	38,0
Ebermannstadt	779	29,47	1 564	59,17	49,8	49,8	49,8	49,8	49,8
Forchheim	1 027	24,19	2 740	64,51	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5
Hochstadt a.d. Aisch	1 313	28,23	3 526	75,82	37,2	46,0	46,0	35,0	35,0
Hof	1 011	30,66	2 975	90,17	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Kronach	3 051	38,73	7 096	90,06	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Kulmbach	1 214	34,49	2 554	72,58	47,5	47,0	47,0	49,0	45,0
Lichtenfels	2 452	46,21	6 129	115,54	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Munchberg	1 864	44,98	4 881	117,74	33,2	38,2	38,2	38,2	33,2
Naila	1 405	39,13	3 602	100,34	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Pegnitz	1 267	34,16	2 640	71,16	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Rehau	1 279	45,97	2 975	106,92	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Stadtsteinach	575	28,27	1 457	70,63	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Staffelstein	859	30,35	1 903	74,12	43,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Wunsiedel	2 149	36,27	5 582	94,21	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoll)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- anspan- nung)	Umlageanspannung (Umlageeatz) in % der			Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen			
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
RB Mittelfranken	24 801	37,01	54 888	81,90	45,2	46,5	46,4	45,3	45,3
Landkreis									
Ansbach	1 645	31,93	3 428	66,53	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Dinkelsbühl	1 157	33,42	2 722	78,63	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5
Eichstätt	853	28,43	1 994	66,46	42,8	48,0	48,0	40,0	40,0
Erlangen	1 028	32,09	2 862	89,40	35,9	35,9	35,9	35,9	35,9
Feuchtwangen	1 160	33,24	3 031	86,84	38,5	48,0	46,0	36,0	36,0
Fürth	2 253	34,89	5 634	87,23	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Gunzenhausen	1 414	35,61	2 719	68,48	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Hersbruck	1 425	44,23	3 000	93,11	47,5	47,5	47,5	47,5	47,5
Hilpoltstein	952	29,92	2 164	68,01	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Lauf a.d. Pegnitz	2 760	54,26	6 133	120,58	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Neustadt a.d. Aisch	1 690	41,08	3 449	83,84	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Nürnberg	2 155	40,20	4 684	87,38	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Rothenburg ob der Tauber	591	31,00	1 136	59,62	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Scheinfeld	729	34,50	1 488	70,40	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schwabach	2 365	40,38	5 031	85,91	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Uffenheim	1 403	37,43	2 699	71,97	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Weißenburg i. Bay.	1 221	33,06	2 714	73,48	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
RB Unterfranken	27 910	33,08	66 962	79,37	41,7	44,7	44,7	43,2	42,7
Landkreis									
Alzenau i. UFr.	1 278	26,89	3 476	73,13	36,8	45,0	45,0	35,0	35,0
Aschaffenburg	1 830	26,00	5 101	86,66	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Bad Kissingen	1 347	31,60	2 590	60,78	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Bad Neustadt a.d.Saale	1 486	43,33	3 456	100,77	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Brückenau	644	35,34	1 516	83,16	42,5	50,0	50,0	40,0	40,0
Ebern	800	31,50	1 778	70,00	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Gemünden	646	30,56	1 576	74,53	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Gerolzhofen	1 424	35,67	2 848	71,35	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Hammelburg	805	31,34	1 610	62,68	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Haßfurt	1 423	32,10	3 348	75,54	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5
Hofheim i. Ufr.	552	29,49	1 255	67,04	44,0	53,0	53,0	40,0	40,0
Karlstadt	1 511	37,52	3 640	90,40	41,5	41,5	41,5	41,5	41,5
Kitzigen	1 190	32,25	2 479	67,19	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Königshofen i. Grabfeld	570	32,02	1 118	62,79	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Lohr a. Main	1 481	43,07	2 904	84,45	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Marktheidenfeld	1 474	36,53	3 312	82,10	44,5	44,5	44,5	44,5	44,5
Mellrichstadt	622	27,97	1 483	66,64	42,0	45,0	45,0	45,0	33,0
Miltenberg	1 521	42,09	3 169	87,69	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Obernburg a. Main	2 934	50,66	7 334	126,64	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Ochsenfurt	1 603	46,26	3 272	94,42	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schweinfurt	1 436	22,73	4 102	64,96	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Würzburg	1 333	18,62	4 596	64,19	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0

Land Regierungsbezirk Landkreis	Umlagebedarf (Umlagesoli)		Umlagekraft (Umlagegrundlage)		Umlage- bedarf in % der Umlage- kraft (Gesamt- anspar- nung	Umlageanspannung (Umlagesatz) in % der			Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner		Steuerkraftzahlen			
						Grundsteuer A	Gewerbe- steuer B		
RB Schwaben	35 476	37,10	82 764	92,83	40,0	42,2	42,2	41,1	40,9
Landkreis									
Augsburg	3 835	35,82	12 110	112,98	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7
Dillingen a.d. Donau	1 797	34,36	4 728	90,42	33,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Donauwörth	1 612	28,34	4 299	75,57	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5
Friedberg	1 458	27,24	3 233	82,76	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Füssen	1 256	36,01	3 068	87,83	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Günzburg	1 279	25,07	3 891	76,24	32,9	35,0	35,0	32,2	32,2
Illerissen	1 384	46,28	4 709	115,70	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kaufbeuren	1 265	33,48	2 780	77,97	45,5	45,5	45,5	45,5	45,5
Kempten (Allgäu)	1 919	37,20	5 137	100,69	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Krumbach (Schwaben)	1 137	33,19	2 844	82,97	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Lindau (Bodensee)	1 550	38,23	3 369	83,10	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Marktoberdorf	2 219	57,39	5 161	133,45	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Memmingen	2 022	41,61	4 614	99,07	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Mindelheim	1 540	37,67	4 851	94,19	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Neuburg a.d. Donau	1 353	33,70	2 943	73,30	46,0	47,0	47,0	47,0	42,5
Nau-Ulm	1 643	31,74	4 323	83,53	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Nördlingen	1 280	30,12	2 307	65,41	55,5	55,5	55,5	55,5	55,5
Schwabmünchen	1 405	29,93	3 738	81,03	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Sonthofen	3 091	45,78	7 010	103,82	44,1	44,1	44,1	44,1	44,1
Wertingen	1 525	48,02	3 354	107,03	45,7	60,0	60,0	42,0	42,0
Land Saarland	10 400	10,85	129 436	145,50	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Homburg	787	10,56	10 035	135,42	7,8	7,8	7,8	7,8	7,8
Merzig-Wadern	1 180	12,59	13 889	143,09	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5
Ottweiler	1 855	11,07	22 605	134,92	9,2	8,2	8,2	8,2	8,2
Saarbrücken	2 670	10,14	38 150	144,90	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Saarlouis	2 427	12,59	31 586	163,01	7,7	7,7	7,7	7,7	7,7
Sankt Ingbert	864	11,19	10 802	139,83	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Sankt Wendel	616	8,91	12 319	138,19	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

Anhang

Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundesgebietes über die Erhebung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1962 (Auszüge aus den Finanzausgleichsgesetzen der Länder)

Schleswig-Holstein

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein
(Finanzausgleichsgesetz) in der Fassung vom 25. März 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 23 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§ 9) sowie 65 vH der allgemeinen Schlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 2), jedoch ohne die Sonderschlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 3).

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde außerdem dann, wenn ein Umlagesatz auf mehr als ein Drittel festgelegt werden soll.

Der Innenminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Genehmigungspflicht für die Höhe der Umlagesätze abweichend von Satz 1 festzusetzen, wenn den Kreisen oder Gemeinden durch Gesetz neue Aufgaben übertragen oder ihre bestehenden Pflichten erweitert oder vermindert werden und sich dadurch das Verhältnis der Ausgabenbelastung zwischen Kreisen und Gemeinden wesentlich verändert.

(5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- und Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt.

(6) Die Kreisumlage ist monatlich zu zahlen. Für rückständige Beträge können mit Zustimmung des Innenministers Verzugszinsen erhoben werden.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 9 Abs. 1 bis 3 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 140 vH der Meßbeträge,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken
140 vH der ersten 20 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
160 vH der weiteren 100 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
200 vH der weiteren 400 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
250 vH der weiteren Meßbeträge,
3. 70 vH der gemäß § 13 dieses Gesetzes gewährten Grundsteuer-
ausfallentschädigung,
4. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital 210 vH der
Meßbeträge. Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden mit
50 vH des im vergangenen Kalenderjahr gezahlten Betrages
von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt
und mit 25 vH den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden
hinzugefügt.

(3) Wenn die Summe der Mehrbelastung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde seit dem 1. Januar 1935 durch Umlagen von Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden mehr als 40 vH der Summe der Steuermeßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinde beträgt, so ermäßigt sich die Steuerkraftzahl für diese Steuer um 20 vH des Mehrbetrages. Der Berechnung der Mehrbelastung ist der Jahresbetrag der Umlagen nach dem Stand vom 1. Dezember 1958 zugrunde zu legen. Die Vorschriften gelten entsprechend für die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken mit der Maßgabe, daß bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern an die Stelle von 40 vH der Steuermeßbeträge der Satz von 60 vH tritt.

III. Meßbeträge

§ 9 Abs. 4 FAG

(4) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. Die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 1. August des vergangenen Jahres.

Hiervon werden abgezogen:

- a) die Meßbeträge, welche auf die im vergangenen Kalenderjahr gemäß §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519) erlassenen Grundsteuern entfallen,
- b) die Meßbeträge, welche im letzten Anschreibungsjahr mit rückwirkender Kraft von den Finanzämtern als Abgänge angeschrieben sind, soweit die Rückwirkung in der Abschlußsumme des vergangenen Jahres nicht berücksichtigt ist.

Voraussetzung für den Abzug ist, daß die Meßbeträge zu a) und b) zusammen mehr als 5 vH der Summe der Meßbeträge nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse im vergangenen Jahr betragen.

2. Die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvergangenen bis 30. September des vergangenen Jahres durch den Hebesatz für das vergangene Rechnungsjahr geteilt wird. Der Innenminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt ab die Gewerbesteuermeßbeträge nach den von den Finanzämtern geführten Meßbetragsverzeichnissen zu berechnen sind; für eine Übergangszeit kann neben den Meßbetragsverzeichnissen noch das Istaufkommen als Grundlage hinzugezogen werden. Der Innenminister erläßt im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Richtlinien über die Berechnung der Gewerbesteuermeßbeträge.

Niedersachsen

Gesetz über den Finanzausgleich (FAG) vom 8. Dezember 1961

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 28 FAG

- (1) Soweit die anderen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Gebieten zu erheben.
- (2) Umlagegrundlagen sind die für die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Gebiete festgesetzten Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen, mit Ausnahme der Schlüsselzuweisungen nach § 7. Für die Ermittlung der Steuerkraftzahlen der gemeindefreien Gebiete ist § 6 entsprechend anzuwenden.
- (3) Die Umlage wird in der Haushaltssatzung in Hundertsätzen der einzelnen Umlagegrundlagen (Umlagesätzen) festgesetzt. Werden die Umlagesätze verschieden festgesetzt, so soll der höchste Umlagesatz den niedrigsten nur in Ausnahmefällen um mehr als ein Drittel übersteigen. Die Umlagesätze können mit Rückwirkung auf den Beginn des Rechnungsjahres einmal geändert werden; die Satzungsänderung muß bis zum 15. August beschlossen werden.
- (4) Für die gemeindefreien Gebiete können besondere Umlagesätze festgesetzt werden, soweit ihre Belastung durch die Kreisumlage und die sonstigen öffentlichen Lasten der durchschnittlichen Anspannung der Realsteuern in den Gemeinden des Landkreises nicht entspricht.
- (5) Die Umlagesätze bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 29 Abs. 1 und 2 FAG

(1) Wenn Einrichtungen des Landkreises einzelnen kreisangehörigen Gemeinden in besonders hohem oder besonders geringem Maße zugute kommen, kann der Landkreis, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, diese Unterschiede bei der Heranziehung zur Kreisumlage angemessen berücksichtigen. Soweit es sich hierbei um soziale Einrichtungen handelt, ist der Landkreis zur Berücksichtigung verpflichtet.

(2) Bei der Heranziehung zur Kreisumlage kann unter den in Absatz 1 Satz 1 genannten Voraussetzungen auch die außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden daraus erwächst, daß sie Einrichtungen unterhalten, die auch der übrigen Bevölkerung oder Bevölkerungsteilen des Landkreises in besonderem Maße zustatten kommen. Der Landkreis ist bei sozialen Einrichtungen zur Berücksichtigung verpflichtet, wenn er den Antrag einer Gemeinde, die Einrichtung auf den Landkreis zu übernehmen oder sie nach Maßgabe des Zweckverbandsgesetzes gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu unterhalten, abgelehnt hat. Treffen Gemeinden nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Einrichtungen der in Absatz 2 Satz 2 genannten Art, so entsteht eine Ausgleichsverpflichtung des Landkreises nur auf Grund entsprechender Vereinbarungen. Das gilt auch für die Erweiterung oder wesentliche Veränderung bestehender Einrichtungen.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 6 FAG

Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

1. bei der Grundsteuer A die Meßbeträge mit 100 vom Hundert;
2. bei der Grundsteuer B
 - a) die ersten 30 000 DM der Meßbeträge mit 120 " "
 - b) die weiteren Meßbeträge mit 150 " "
3. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 200 " "

§ 4 Abs. 2 Satz 2 (Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge sind von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abzusetzen und den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden zur Hälfte zuzurechnen.) gilt entsprechend.

III. Meßbeträge

§ 12 FAG

(1) Die Meßbeträge der Grundsteuer A und B sind den Grundsteuermeßbetragsverzeichnissen nach dem Stande vom 15. November des vergangenen Rechnungsjahres zu entnehmen. Die auf §§ 12 a und b des Grundsteuergesetzes in der Fassung des § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beruhende Erhöhung der Meßbeträge bleibt außer Ansatz.

(2) Meßbeträge für Grundstücke, für welche die Steuer auf Grund des § 26 a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519) oder der Grundsteuererlaßverordnung vom 26. März 1952 (BGBl. I S. 209) ganz oder teilweise erlassen werden mußte, sind auf Antrag entsprechend abzusetzen, wenn und soweit die Minderung insgesamt 5 vom Hundert der Abschlußsumme des Meßbetragsverzeichnisses übersteigt. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach dem Abschlußtag der Meßbetragsverzeichnisse bei dem Niedersächsischen Landesverwaltungsamt einzureichen.

(3) Findet ein Grundsteuerausgleich nach § 20 des Grundsteuergesetzes statt, so werden die dem Beteiligungsbetrag für das vergangene Rechnungsjahr zugrunde liegenden Grundsteuermeßbeträge von den Grundsteuermeßbeträgen der Sitzgemeinde abgesetzt und den Meßbeträgen der Belegenheitsgemeinden zugerechnet.

§ 13 FAG

Die Gewerbesteuermeßbeträge werden errechnet durch Teilung des Istaufkommens der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital in dem Zeitraum vom 1. Oktober des vorvergangenen Rechnungsjahres bis zum 30. September des vergangenen Rechnungsjahres durch 1 vom Hundert des Hebesatzes für das vergangene Rechnungsjahr. Zum Istaufkommen gehören die in den Kassensbüchern des maßgebenden Zeitraumes vereinnahmten Gewerbesteuern ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt worden sind.

Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1962 vom 23. Januar 1962

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 20 Abs. 1 bis 5 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises den Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahlen (§ 6) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftmeßzahlen der einzelnen Steuern und der Grundsteuerergänzungszuschüsse und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(4) Der Umlagebeschuß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde außerdem dann, wenn der Umlagesatz auf mehr als 30 vH festgesetzt oder gegenüber dem Vorjahr erhöht werden soll.

(5) Die Bestimmungen über die Mehr- oder die Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt mit der Maßgabe, daß in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Preussischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes und in § 21 Satz 1 des Lippischen Gemeindeabgabengesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung das Wort "kann" durch das Wort "soll" ersetzt wird.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 6 Abs. 1 und 2 a, b, c 1. Absatz und d FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftmeßzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 80 vH;

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM der Meßbeträge	mit 120 vH,
die weiteren	100 000 DM der Meßbeträge	mit 160 vH,
die weiteren	400 000 DM der Meßbeträge	mit 200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM der Meßbeträge	mit 220 vH,
die weiteren	Meßbeträge	mit 240 vH;

c) die nach § 3 Abs. 1 Buchst. a) zu gewährenden Grundsteuerergänzungszuschüsse;

d) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital das durch den Hebesatz für das Kalenderjahr 1961 geteilte und auf einen Hebesatz von 200 vH umgerechnete Ist-Aufkommen in der Zeit vom 1. Oktober 1960 bis 30. September 1961, vermehrt um die Hälfte der Ist-Einnahmen und vermindert um die vollen Ist-Ausgaben an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen in diesem Zeitraum.

III. Meßbeträge

§ 6 Abs. 2c 2. Absatz FAG

Der Berechnung zu Buchstabe a) und b) (§ 6 Abs. 2 FAG) sind die von den Finanzämtern im Anschreibungsjahr 1961 angeschriebenen Grundsteuermeßbeträge zugrunde zu legen, nach Abzug von 70 vH der zur Berechnung der Grundsteuerkraftmeßzahlen nach § 6 Abs. 2 Buchst. c) letzter Halbsatz des Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1960 vom 6. April 1960 (GV.NW. S. 62) wegen Kriegszerstörungen und Demontagen abgesetzten Grundsteuermeßbeträge.

Hessen

Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) in der Fassung vom 15. Dezember 1961

Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1962 zum Finanzausgleichsgesetz in der Fassung vom 15. Dezember 1961

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 14 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der Landkreise zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, haben die Landkreise eine Kreisumlage von ihren Gemeinden und den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

(2) Umlagegrundlagen sind:

1. Die Steuerkraftmeßzahlen gemäß § 7 mit der Maßgabe, daß die Gewerbesteuerzuschüsse in voller Höhe den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt werden; sie werden um den Betrag erhöht, um den die Steuerkraftmeßzahlen einzelner Gemeinden 170 vom Hundert der Bedarfsmeßzahlen übersteigen; dies gilt nicht, wenn in dem Rechnungsjahr, für das die Kreisumlage beschlossen wird, die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde 170 vom Hundert der Bedarfsmeßzahl nicht mehr übersteigt.
2. Drei Viertel der Gemeindeschlüsselzuweisungen. Änderungen auf Grund des § 8 Abs. 5 bleiben unberücksichtigt.
3. Die Einnahmen der Gemeinden an Vergnügungsteuer in den letzten 12 Monaten vor dem 1. Oktober des dem Ausgleichsjahr vorangehenden Kalenderjahres.

(3) Die Umlagen sollen 32 vom Hundert der Umlagegrundlagen nicht übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann einen höheren Umlagesatz genehmigen. Der Umlagesatz kann nach dem 31. August des jeweils laufenden Rechnungsjahres nicht mehr erhöht werden.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und die Gemeinden, deren Steuerhebesätze erheblich unter dem Kreisdurchschnitt liegen, sind mit einem besonderen Vmhundertsatz der Umlagegrundlagen heranzuziehen.

(5) Das Nähere über das Verhältnis der Umlagesätze und über die Heranziehung der gemeindefreien Grundstücke sowie der Gemeinden, deren Steuerhebesätze unter dem Kreisdurchschnitt liegen, zur Kreisumlage bestimmen der Minister der Finanzen und der Minister des Innern.

Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1962

Zu § 14 FAG

Abs. 1

Es ist darauf zu achten, daß nur die auf Grund einer sparsamen Haushaltswirtschaft erforderlichen Umlagen erhoben werden.

Abs. 2

Die Ausführungsbestimmungen zu § 7 gelten entsprechend. Anträge auf Berichtigung der Umlagegrundlagen gemäß Nr. 1 letzter Halbsatz sind dem Minister der Finanzen auf dem Dienstwege spätestens bis zum 15. Februar 1963 vorzulegen.

In diesen Fällen gelten die Ausführungsbestimmungen zu § 6 Abs. 2 und § 7 mit der Maßgabe, daß

- a) der Berechnung der Bedarfsmeßzahlen die Einwohnerzahlen nach den Fortschreibungsergebnissen vom 31. Dezember 1961,
 - b) der Berechnung der Steuerkraftzahlen
 - aa) die Meßbeträge der Grundsteuer und den Grundstücken nach dem Stand vom 1. Juni 1962,
 - bb) die Grundbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die nach dem Ist-Aufkommen des Rechnungsjahres 1962 ermittelt werden,
 - cc) die Gewerbesteuerausgleichsbeträge nach den im Rechnungsjahr 1962 geleisteten Zahlungen,
- zugrunde zu legen sind.

Die Einnahmen der Gemeinden an Vergnügungsteuer sind den Meldungen zur Vierteljahresstatistik für die Periode vom 1. Oktober 1960 bis 30. September 1961 zu entnehmen; für die Gemeinden bis zu 1 000 Einwohnern ist das Aufkommen zu erfragen.

Abs. 3 bis 5

- a) Die Landkreise können die Umlagegrundlagen mit unterschiedlichen Hundertsätzen zur Kreisumlage heranziehen. Eine unterschiedliche Heranziehung bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten, wenn der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hundertsatz mehr als 20 vH des höchsten Umlagesatzes beträgt.

Werden die Umlagegrundlagen unterschiedlich zur Umlage herangezogen, sind die Beträge, um die die Umlagegrundlagen nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 erhöht werden, mit mindestens 80 vH des höchsten Umlagesatzes zu belasten. Die Schlüsselzuweisungen und die Einnahmen an Vergnügungsteuer dürfen nicht mit dem höchsten Satz zur Umlage herangezogen werden.

- b) Wird der Umlagesatz erhöht, muß die Haushaltssatzung bis 30. August 1962 beschlossen - soweit erforderlich genehmigt - und veröffentlicht worden sein.
- c) Abs. 3 gilt nicht für gemeindefreie Grundstücke. Die Landkreise können den Umlagesatz für die gemeindefreien Grundstücke bis zu 85 vH der Umlagegrundlagen festsetzen. Das gilt auch für die Forstgutsbezirke Reinhardswald, Kaufunger Wald und Spessart. Ruhen andere als Wegebaulasten auf den gemeindefreien Grundstücken, ist der Umlagesatz entsprechend der Belastung herabzusetzen, höchstens jedoch auf den für Gemeinden geltenden Umlagesatz. Wenn sich auf gemeindefreien Grundstücken Gewerbebetriebe befinden, sind bei der Berechnung der Umlage-

grundlagen als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer 245 vH der vom zuständigen Finanzamt zuletzt festgesetzten Gewerbesteuermeßbeträge anzusetzen.

- d) Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze im Rechnungsjahr 1961 unter dem Kreisdurchschnitt lagen, sind zu einer Sonderumlage heranzuziehen, wenn das Soll-Aufkommen einer Gemeinde aus Grundsteuern, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer im Rechnungsjahr 1961 weniger als 75 vH des Aufkommens betrug, das nach dem einfachen Kreisdurchschnitt 1961 (nicht gewogener Kreisdurchschnitt) der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuerhebesätze nach Ertrag und Kapital hätte erzielt werden können. Sollaufkommen ist das Jahresanordnungssoll der Grundsteuer, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer nach der Kassenrechnung des Rechnungsjahres 1961 (§§ 85 bis 89 KuRVO).

Umlagegrundlage für die Sonderumlage ist der Unterschiedsbetrag zwischen Realsteuersollaufkommen 1961 nach den tatsächlichen Hebesätzen der Gemeinde und dem Aufkommen nach den Durchschnittshebesätzen 1961 des Kreises. Der Hebesatz für die Sonderumlage beträgt mindestens 50 vH, höchstens 150 vH des allgemeinen Kreisumlagehebesatzes. Bei unterschiedlicher Heranziehung der Umlagegrundlagen zur Kreisumlage ist von dem durchschnittlichen Hebesatz auszugehen. Der Hebesatz für die Sonderumlage ist in der Haushaltssatzung 1962 bis spätestens zum 30. August 1962 festzusetzen.

Auf gemeindefreie Grundstücke ist diese Vorschrift nicht anwendbar.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 7 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH,
2. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 130 vH,
die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren 2 000 000 DM der Meßbeträge mit 240 vH,
die weiteren DM der Meßbeträge mit 260 vH.

In den Gemeinden des Regierungsbezirks Darmstadt werden für die Feststellung der Steuerkraftzahlen die Meßbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken um 1/6 gekürzt.

3. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen ermittelt werden, mit 245 vom Hundert. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und mit einem Drittel den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt (für Berechnung der Kreisumlage siehe § 14 Abs. 2 Ziff. 1).

(2) Die Erhöhung der Grundsteuermeßzahlen auf Grund der §§ 12 a und 12 b des Grundsteuergesetzes in der Fassung des § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 341) wird bei der Ermittlung der Steuerkraftmeßzahlen nicht berücksichtigt.

III. Meßbeträge

Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1962

Zu § 7 FAG

Bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt:

- a) für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und für die Grundsteuer der Grundstücke die Meßbeträge nach dem Stand vom 1. Juni 1961;
- b) für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1. Oktober 1960 bis 30. Juni 1961 ermittelt werden. Hierbei wird das Ist-Aufkommen jedes Vierteljahres durch den jeweils festgesetzten Hebesatz geteilt. Ist ein Hebesatz geändert, so ist er für die Berechnung des Grundbetrages erst von dem Vierteljahr an zu Grunde zu legen, in dem die Änderung beschlossen worden ist;
- c) für die Gewerbesteuerausgleichsbeträge, die vom 1. Juli 1960 bis zum 30. Juni 1961 geleisteten Zahlungen.

Das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden aus den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen ermittelt; etwaige in dem Ist-Aufkommen enthaltene Säumniszuschläge sowie die Mindeststeuer nach § 17 a GewStG gelten hierbei als Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.

Rheinland-Pfalz

Landesgesetz über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz (Finanzausgleichsgesetz) vom 12. Januar 1962

Erste Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 1960

Dritte Landesverordnung zur Änderung der Ersten Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. April 1962

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 21 FAG

(1) Die Kreisumlage, die die Landkreise nach § 26 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücken erheben, ist für jedes Rechnungsjahr in der Haushaltssatzung neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden (gemeinde-

freien Grundstücke) festgesetzten Steuerkraftzahlen (§ 5), 75 vH der Schlüsselzuweisungen (§ 3), auf die sie im vorangegangenen Rechnungsjahr vor der Kürzung nach § 3 Abs. 3 Anspruch hatten, sowie das Aufkommen an Vergnügungsteuer in den am 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres abgelaufenen zwölf Monaten; die Beträge nach § 3 Abs. 4 bleiben außer Betracht. Die Hundertsätze (Umlagesätze) müssen für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(2) Werden die Umlagesätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern, von der Vergnügungsteuer und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt, verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als die übrigen Umlagesätze.

(3) Die Landkreise haben kreisangehörigen Gemeinden, die ein eigenes Jugendamt oder eine eigene Berufsschule unterhalten, im Rahmen ihrer Finanzkraft zu dieser Sonderbelastung auf Antrag eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Die Beihilfe ist mit der Kreisumlage zu verrechnen. Kommt zwischen dem Landkreis und der Gemeinde keine Einigung zustande, so entscheidet eine Schiedsstelle, die die Beteiligten vereinbaren.

(4) Wenn die Leistungen, die ein Landkreis gemäß Absatz 3 oder auf Grund besonderer Vereinbarung einer großen kreisangehörigen Stadt gewährt, mehr als 15 vH der Kreisumlage dieser Stadt ausmachen, so ist, sofern der Anteil der Kreisumlage der Stadt sonst mehr als 40 vH des Gesamtaufkommens an Kreisumlage betragen würde, bei der Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl des Landkreises (§ 10) die Steuerkraftmeßzahl dieser Stadt im gleichen Verhältnis zu kürzen, wie sich die Kreisumlage der Stadt vermindert.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden; die Erhöhung der Grundsteuermeßzahlen auf Grund der §§ 12 a und 12 b des Grundsteuergesetzes in der Fassung des § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) bleibt außer Betracht.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

- a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH,
- b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken
 - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 140 vH,
 - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
 - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 210 vH,
 - die weiteren Meßbeträge mit 230 vH,
- c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 240 vH.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinde abgesetzt und mit 75 vH ihres Betrages den Steuerkraftzahler der Wohngemeinde hinzugefügt. Die Leistungen des Landes nach § 12 (Grundsteuerausfallvergütung) und sonstige Ersatzleistungen für Grundsteuerausfälle (§ 26 a des Grundsteuergesetzes) sowie Bedarfszuweisungen nach § 12 a Satz 3 (Gewerbesteuerausfallvergütung) sind in voller Höhe - in Meßbeträge umgewandelt - den Meßbeträgen hinzuzurechnen.

Grundsteuerausgleich in der Pfalz

§ 29 FAG

Solange in der Pfalz gemäß § 37 der Grundsteuerdurchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S. 79) ein Grundsteuerausgleich durchgeführt wird, sind die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Ausgleich berechnet wird, von den Meßbeträgen der zahlenden Gemeinde abzusetzen und den Meßbeträgen der empfangenden Gemeinde zuzusetzen.

III. Meßbeträge

§ 2 Absatz 2, 3 und 4 der Ersten Landesverordnung

Zu § 5 FAG

(2) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Grundsteuer A und B sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand vom 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Dabei sind Fortschreibungsveranlagungen und Nachveranlagungen, die sich auf Zeiträume beziehen, die vor dem in Satz 1 bezeichneten Termin liegen und bisher nicht berücksichtigt wurden, einzubeziehen. Die Meßbeträge der Ausfälle, die gemäß den §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in dem Rechnungsjahr entstanden sind, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist, sind abzusetzen. Ebenso sind die Meßbeträge für Grundstücke abzusetzen, für die aus anderen als Billigkeitsgründen keine Grundsteuer gezahlt wird.

(3) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand des letzten vollständig veranlagten Jahres bis 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die für die zurückliegenden Kalenderjahre nachträglich festgesetzten und bisher nicht berücksichtigten Meßbeträge sind einzubeziehen. Das gleiche gilt für nach dem 30. September ermittelte Meßbeträge und Zerlegungsanteile des Erhebungszeitraums, sofern sie die Steuerkraft der Gemeinde erheblich beeinflussen.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sind der Gemeindefinanzstatistik (Ist-Beträge der Jahresrechnungsstatistik) für das Rechnungsjahr zu entnehmen, das dem im Absatz 3 bezeichneten Stichtag vorangegangen ist.

§ 6 der Ersten Landesverordnung

Zu § 21 FAG

Bei der Bemessung der Kreisumlage bleiben die den kreisangehörigen Gemeinden und den kreisangehörigen Städten nach § 3 Abs. 4 FAG zufließenden Beträge außer Betracht.

Artikel II Abs. 1 der Dritten Landesverordnung

(1) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (§ 5 FAG) für den Finanzausgleich des Rechnungsjahres 1962 sind die Gewerbesteuer- ausgleichsbeträge, die nach § 2 Abs. 4 der Ersten Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes der Gemeindefinanzstatistik für das Rumpfrechnungsjahr 1960 entnommen werden, um ein Drittel zu erhöhen.

Baden-Württemberg

Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) vom 28. November 1961

Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Durchführung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich im Rechnungsjahr 1962 (FAG DV 1962) vom 15. Februar 1962

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 32 FAG

(1) Die Kreisumlage wird in einem Hundertsatz (Umlagesatz) der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Landkreises (§ 35 Abs. 1) bemessen. Der Umlagesatz ist für alle Gemeinden des Landkreises gleich.

(2) Die Kreisumlage ist mit einem Zwölftel ihres Betrags auf den 20. jeden Monats fällig. Bis zur Festsetzung des Betrags für das laufende Rechnungsjahr sind Teilzahlungen in Höhe der für das vorangegangene Rechnungsjahr festgesetzten Beträge zu leisten.

(3) Bei der Festsetzung und der Anforderung der Kreisumlage ist der auf die Steuerkraftsummen der Gemeinden entfallende Anteil an der Schulumlage gesondert auszuweisen.

§ 35 Abs. 1 FAG

(1) Die Steuerkraftsumme einer Gemeinde setzt sich zusammen aus

- a) der Steuerkraft-Meßzahl (§ 6),
- b) den Schlüsselzuweisungen nach § 10 Abs. 1 Buchst. a FAG 1958 und den Sonderzuweisungen nach § 11 FAG 1958.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 6 Abs. 1 bis 3 und 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl einer Gemeinde setzt sich aus ihren Steuerkraftzahlen zusammen.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 170 vH,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B) die Meßbeträge mit 160 vH,
3. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge und Zerlegungsanteile mit 290 vH,
 - a) vermehrt um die Gewerbesteuer-Ausgleichsbeträge und die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost, die die Gemeinde als Wohn-gemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr er-halten hat,
 - b) vermindert um die Gewerbesteuer-Ausgleichsbeträge, die die Gemeinde als Betriebsgemeinde für das zweitvoran-gegangene Rechnungsjahr bezahlt hat,
4. die Schlüsselzuweisungen nach § 10 Abs. 1 Buchst. b FAG 1958 für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr.

(3) Die Erhöhung der Grundsteuermeßzahlen auf Grund der §§ 12 a und 12 b des Grundsteuergesetzes in der Fassung des § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) bleibt bei der Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl unberücksich-tigt.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen durch gemeinsame Rechtsverordnung das Nähere über die Ermitt-lung der Steuerkraftzahlen, insbesondere über den Anschrei-bungszeitraum.

§ 39 Abs. 9 FAG

(9) Der Steuerkraftmeßzahl einer Gemeinde (§ 6) sind die Bei-hilfen, die sie vom Land zum Ausgleich des auf Art. 6 des Steueränderungsgesetzes 1961 beruhenden Ausfalls an Gewerbe-steuer im vorangegangenen Rechnungsjahre erhalten hat, zuzu-rechnen.

III. Meßbeträge

§ 1 FAG DV 1962

Zu § 6 Abs. 5 FAG 1962

(1) Bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl einer Gemeinde werden zugrunde gelegt:

1. die Summe der bis zum 15. September 1961 für die Gemeinde festgesetzten und angeschriebenen Meßbeträge der Grund-steuer A und der Grundsteuer B,
2. die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungs-anteile, die in der Zeit vom 1. November 1960 bis 15. Juli 1961 für die Gemeinde angeschrieben worden sind.

(2) Der Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 sind vor dem 1. November 1960 für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1959 angeschriebene Meßbeträge oder Zerlegungsanteile inso-weit zuzurechnen, als sie nicht bei der Feststellung der

Steuerkraft-Meßzahl für 1961 oder früher berücksichtigt worden sind. Von der Anschreibungssumme sind solche Teile abzusetzen, die bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1961 oder früher berücksichtigt worden sind.

(3) Die Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 kann gegen späteren Ausgleich entsprechend ermäßigt werden, wenn ein für die Steuerkraft-Meßzahl der Gemeinde stark ins Gewicht fallender Meßbetrag oder Zerlegungsanteil

1. in der Anschreibungssumme oder im Ergebnis einer vorangegangenen Anschreibung enthalten ist und sich später erheblich ermäßigt hat oder voraussichtlich erheblich ermäßigen wird,
2. für die Erhebungszeiträume 1960 oder 1961 in der Anschreibungssumme enthalten ist.

(4) Vor einer Anordnung im Sinne von Abs. 3 ist die Gemeinde zu hören, bei kreisangehörigen Gemeinden auch der Landkreis.

Bayern

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG) vom 29. August 1960 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 27. März 1961

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAG DV 1960) der Bayerischen Staatsministerien der Finanzen, des Innern und für Unterricht und Kultur vom 29. August 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 18 FAG

(1) Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke um (Kreisumlage).

(2) Die Umlagebeschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn das Umlagesoll das des vorausgegangenen Rechnungsjahres um mehr als 20 vH übersteigt.

(3) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen für die Kreisumlage sind die für die kreisangehörigen Gemeinden geltenden Realsteuerkraftzahlen (Art. 23) einschließlich der aus den Grundsteuermeßbeträgen der gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Realsteuerkraftzahlen sowie vier Fünftel der Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des vorangegangenen Rechnungsjahres. Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen; bei stärkerer Abweichung bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

Art. 20 FAG

Für einzelne kreisangehörige Gemeinden (gemeindefreie Grundstücke) können je nach Teilnahme an den Vorteilen einer Einrichtung des Landkreises die Hundertsätze nach Art. 18 Abs. 3 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhöht werden.

Art. 19 Abs. 2 FAG

(2) Die Umlagesätze können im Laufe eines Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 1. Juli vorgenommen und den kreisangehörigen Gemeinden (den Eigentümern gemeindefreier Grundstücke) unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

Art. 23 FAG

Der Berechnung der Realsteuerkraftzahlen (Art. 4, 16, 18, 21) werden die für die einzelnen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Meßbetragssummen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen darüber, wie die Meßbeträge zu ermitteln, mit welchen Hundertsätzen sie anzusetzen sind und wie bei der Gewerbesteuer die Ausgleichszuschüsse zu berücksichtigen sind.

§ 6 Abs. 2 FAG DV 1960

(Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl)

(2) Dabei werden angesetzt:

- a) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 140 vH;
- b) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B)
 - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 140 vH,
 - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 170 vH,
 - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 210 vH,
 - die weiteren 2 000 000 DM der Meßbeträge mit 220 vH,
 - die weiteren Meßbeträge in DM mit 230 vH;
- c) als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 240 vH.

§ 7 FAG DV 1960

(1) Die Realsteuerkraftzahlen werden gefunden, indem die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital zusammengezählt werden.

(2) Die in vorhergehenden Rechnungsjahr zu entrichtenden Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden

- a) in voller Höhe von den Gewerbesteuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und

b) zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugerechnet.

(3) Die den Gemeinden im vorvorhergehenden Rechnungsjahr zufließenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe und die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

§ 8 Abs. 1 und 2 FAG DV 1960

(1) Ergibt sich bei der Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen für eine der drei Steuerarten ein negativer Betrag, so wird, soweit der Ausgleich nicht bei der Festsetzung der Kreisumlage des laufenden Rechnungsjahres durchgeführt werden kann, der negative Kreisumlagebetrag von der Kreisumlageschuld für das darauffolgende Rechnungsjahr abgesetzt.

(2) Für die Festsetzung der Kreisumlage haben die Landkreise die vom Statistischen Landesamt ermittelten Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A ihrer kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) wie folgt zu berichtigen: Die Beteiligungsbeträge, die eine Sitzgemeinde nach den §§ 37 ff der Verordnung zur Durchführung des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S. 79, FMBl. S. 122) an eine Belegenheitsgemeinde für das vorangegangene Rechnungsjahr abzuführen hatte, sind von der Steuerkraftzahl der Sitzgemeinde abzusetzen und der Steuerkraftzahl der Belegenheitsgemeinde zuzurechnen.

Dabei ist

- a) der Beteiligungsbetrag, wenn er auf einer Vereinbarung zwischen Sitzgemeinde und Belegenheitsgemeinde beruhte, durch den in der Sitzgemeinde im vorhergehenden Rechnungsjahr maßgebenden Hebesatz für die Grundsteuer A zu teilen, mit 100 zu vervielfältigen und der sich ergebende Betrag mit dem Hundertsatz anzusetzen, der für den Ansatz der Meßbeträge der Grundsteuer A zwecks Ermittlung der Steuerkraftzahlen festgesetzt worden ist;
- b) wenn der Beteiligungsbetrag nach §§ 41 ff der Verordnung zur Durchführung des Grundsteuergesetzes berechnet wurde, der Ausgleichsmeßbetrag (§ 42 dieser Verordnung) mit dem Hundertsatz anzusetzen, der für den Ansatz der Meßbeträge der Grundsteuer A zwecks Ermittlung der Steuerkraftzahlen festgesetzt worden ist.

III. Meßbeträge

§ 6 Abs. 1 FAG DV 1960

(1) Der Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen für ein Rechnungsjahr werden die Steuerkraftzahlen zugrunde gelegt, die sich ergeben

1) bei der Grundsteuer:

aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B), die von den Finanzämtern auf Grund der Bestimmungen über die Anschreibung der Grund-

steuermeßbeträge bis zu dem vom Staatsministerium der Finanzen bekanntzugebenden Termin im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind. Dabei bleiben die Meßbeträge außer Ansatz, wenn und soweit sie auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe oder auf Grundstücke entfallen,

- a) die für die Zwecke der ausländischen Streitkräfte in Anspruch genommen sind und für die aus diesem Grunde keine Grundsteuer entrichtet wurde;
- b) für die die Grundsteuer ganz oder teilweise aufgrund des § 26 a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519, ber. S. 790; FMBl. S. 415) erlassen wurde;
- c) für die die Grundsteuer unter den in § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen erlassen wurde.

Maßgebend ist jeweils das vorvorhergehende Rechnungsjahr. Beträge, die die Gemeinden im vorangehenden Rechnungsjahr als Grundsteuerausfallvergütung nach Art. 8 FAG erhalten, sind den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzuzurechnen, nachdem sie durch die in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt und mit hundert vervielfacht worden sind.

Erhöhungen der Steuermeßbeträge aufgrund der §§ 12 a und 12 b des Grundsteuergesetzes in der durch § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341 - FMBl. S. 737) geänderten Fassung vom 10. August 1951 bleiben unberücksichtigt;

2) bei der Gewerbesteuer:

aus den Meßbeträgen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die von den Finanzämtern aufgrund der Bestimmungen über die Anschreibung der Gewerbesteuermeßbeträge jeweils bis zu dem vom Staatsministerium der Finanzen bekanntzugebenden Termin im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind.

Berichtigungen von Meßbeträgen der Anschreibungszeiträume II/1948 und 1949 bleiben unberücksichtigt.

Saarland

Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich im Saarland (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) in der Fassung vom 1. Januar 1962

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 33 Abs. 1 bis 5 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird bemessen in einem Hundertsatz (Umlagesatz) der Umlagegrundlagen (Absatz 4). Der Umlagesatz muß für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(3) Der Umlagesatz kann im Laufe des Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück. Die Nachtragshaushaltssatzung über die Änderung des Umlagesatzes muß im Falle einer Erhöhung vor dem 1. Juli beschlossen und die Änderung den Umlagepflichtigen unverzüglich mitgeteilt werden.

(4) Umlagegrundlagen einer kreisangehörigen Gemeinde sind die Steuerkraftzahlen nach §24, erhöht um 90 vom Hundert der Schlüsselzuweisungen, die sie für das Ausgleichsjahr zu beanspruchen hat (§ 22) und gekürzt um den Anteil an der Finanzausgleichsumlage (§21). Der Minister des Innern kann für die Feststellung der Umlagegrundlagen abweichende Berechnungszeiträume bestimmen.

(5) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 24 Abs. 1 und 2 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 120 vH,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken
 - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 150 vH,
 - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 170 vH,
 - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 200 vH,
 - die weiteren Meßbeträge mit 210 vH,
3. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 220 vH.

III. Meßbeträge

§ 24 Abs. 3 FAG

(3) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. Die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetrags-Verzeichnisse am 30. September des vorangegangenen Rechnungsjahres. Hierbei bleibt die Erhöhung der Grundsteuermeßzahlen auf Grund der §§ 12 a und 12b des Grundsteuergesetzes in der Fassung des § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 341) außer Betracht. In Fällen des Grundsteuerausgleichs werden auf Antrag die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Beteiligungssatz für das dem Abschluß der Grundsteuermeßbetrags-Verzeichnisse

vorangegangene Rechnungsjahr berechnet worden ist, von den Grundsteuermeßbeträgen der Belegenheitsgemeinden hinzugefügt.

2. Die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen an Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und Gewerkekaptal im vorangegangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum beschlossenen Hebesatz geteilt wird. Der Minister des Innern erläßt Richtlinien über die Feststellung des Aufkommens an Gewerbesteuer. Darin kann ein vom Rechnungsjahr abweichender Zeitraum festgelegt und bestimmt werden, ob und in welchem Umfange Ersatzleistungen für Gewerbesteuer ausfälle dem Gewerbesteuer aufkommen hinzuzurechnen sind.